

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	87 (1993)
Heft:	5
Artikel:	Wie die Vereinigung der Deutschen nicht gelingt : eine Stimme aus Rostock und aus der evangelischen Kirche
Autor:	Mahlburg, Fred
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-143767

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie die Vereinigung der Deutschen nicht gelingt

Eine Stimme aus Rostock und aus der evangelischen Kirche

Fred Mahlburg, Pfarrer in Rostock und Leiter der Evangelischen Akademie Mecklenburg, hat dieses Referat im vergangenen November an einer Veranstaltung der Gustav-Heinemann-Friedensgesellschaft in Siegen vorgetragen. Kritisch reflektiert er seine frühere Auseinandersetzung mit dem DDR-Sozialismus, an dessen Verbesserlichkeit er als Christ und Theologe glaubte. Die eigene Biographie legitimiert ihn heute aber auch, die Vereinigung der Deutschen als eine Aufgabe zu betrachten, die zu etwas Neuem führen muss und nicht bei der Bestätigung der einen Seite stehen bleiben darf. Dass die Enthüllungen über immer neue «Stasi-Fälle» mehr mit Ablenkung von den eigentlichen Problemen Deutschlands als mit echter Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zu tun haben, wurde wohl noch selten mit solcher Deutlichkeit und persönlicher Glaubwürdigkeit gesagt wie in diesem Referat. Zum Schluss hinterfragt Fred Mahlburg auch die allseits beschworene «Angleichung der Lebensverhältnisse» Ostdeutschlands an die westliche Konsumgesellschaft und setzt damit ein Zeichen der Solidarität – über sein Land hinaus.

Red.

1. Die Überschrift

Die Überschrift lässt zurückblicken auf eine zweijährige Entwicklung, «Vereinigungsprozess» genannt. Diese Entwicklung ist ganz anders verlaufen als gewünscht, erwartet, erhofft, vorhergesagt. Hätte es eine Vereinigung von zweien zu etwas Neuem werden können? Bisher ist das nicht gelungen. Kann es noch gelingen? Muss es noch gelingen, damit es uns Deutschen nicht schlimm ergeht miteinander; damit es anderen nicht schlimmer ergeht mit uns? Wie ist die Vereinigung von uns Deutschen bisher nicht gelungen?

Die Überschrift blickt auch bang nach vorn, in die Zukunft: Wie wird die Vereinigung auch künftig nicht gelingen? Die Überschrift spielt nicht mit dem Nicht-Gelingen. Die Folgen wären zu unabsehbar. Wie gross die Enttäuschungen auch sein mögen und die Kränkungen – jetzt gebietet es die politische Verantwortung, ja jede irgendwie menschenfreundliche Ethik, dass wir nüchtern die entstandene Lage ansehen und uns darüber verständigen, wie

die Vereinigung der Deutschen aussehen könnte, die jetzt noch gelingen kann.

Ich gebe mir mit dem, was ich sage, auch selber Rechenschaft über das, was ich gedacht, gewollt und tatsächlich getan habe in den zurückliegenden Jahrzehnten in der DDR, und über das, was ich jetzt erlebe, wünsche, will und tatsächlich mache. Ich bin ziemlich übergangslos in eine Lage gekommen, in der ich, um meines weiteren Lebensweges willen, den bisherigen noch einmal betrachten und bewerten muss. Ich muss Mühe aufwenden, damit mir nicht meine bisherige *Biographie* abhanden kommt. Ich versuche, mich damit zu trösten, dass vielleicht die Vereinigung der Deutschen am ehesten noch gelingt, wenn möglichst viele sich der Mühe unterziehen, ihren Lebenslauf, und was sich an Überzeugungen und Werten mit ihm verbindet, noch einmal kritisch durchzugehen. Ich wünsche uns, dass Sie hier im Westen das auch tun mögen, freiwillig gewissermassen, weil Sie ja nicht so genötigt sind dazu durch eine totale Veränderung Ihrer Lebensumstände. Aber ich will dabei bleiben,

dass ich nicht über Sie rede, sondern «Ich» sage, um mit Ihnen reden zu können.

2. Ich

Ich muss wenigstens einige Andeutungen zu meiner *theologischen Herkunft* machen und zu den Orientierungen, die sich daraus ergeben. In meiner theologischen Biographie hat sich der unmittelbare Zusammenhang des christlichen Glaubens mit politischem Denken und Handeln immer klarer Geltung verschafft. In der konkreten gesellschaftlichen Situation, in der ich in der DDR aufwuchs, hat das dazu geführt, dass ich als Christ und Theologe den «real-existierenden Sozialismus» kritisiert habe, nicht um ihn zu überwinden, sondern um ihn zu verbessern und zu demokratisieren.

Es gibt einige *politische Schlüsselereignisse* für mich, die mein theologisches Denken und meinen Glauben sehr direkt betroffen haben. Ich nenne den Prager Frühling 1968, Allendes Chile, später Nikaragua. Starke Impulse für die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus gingen von diesen Ereignissen aus. Und in allen Fällen erwies es sich, dass eben dieser Sozialismus mächtige Feinde hatte im Westen wie im Osten, die vor brutalem Gewalteinsatz nicht zurückschreckten. Warum musste ich auf einen demokratischen Sozialismus und auf einen entsprechenden Wandel auch im Osten hoffen? Weil die Zahl der Opfer der Ungerechtigkeit in der *Dritten Welt* immer dramatischer stieg. Weil die «Entwicklungs hilfe» letztlich nur den «Helfern» half. Weil immer deutlicher wurde, dass das westliche politisch-ökonomische System Hauptverursacher der Ungerechtigkeit und ihrer Opfer ist. Weil die Führungsmächte dieses Systems sich eher mit faschistoiden Militärdiktaturen verbanden, als alternative politische und wirtschaftliche Versuche zuzulassen.

In dieser Konstellation habe ich hinsichtlich der Veränderungsfähigkeit des DDR-Systems relativ lange *unrealistische Erwartungen* gehegt, die Anzeichen für seine

skrupellose Teilnahme am Weltrechts system eher nicht wahrgenommen. Ich bin mit meiner Kritik nicht weit genug gegangen oder habe sie nicht deutlich genug ausgesprochen. Ich will nicht übergehen, dass ich vielleicht auch Angst vor den Konsequenzen gehabt habe.

Für mich ergibt sich jetzt: 1. Ich wünsche in keiner Variante von Nostalgie die alte DDR zurück. 2. Ich habe keine Ursache, die zurückliegenden zwei Jahre als Fest der Freiheit zu feiern. 3. Ich sehe die Vereinigung der Deutschen als eine Aufgabe an, die zu etwas Verändertem führen muss und nicht bei der Bestätigung der einen Seite stehen bleiben kann.

3. Die Lage in Ostdeutschland

Es gab vor einem Monat ein Gespräch von Leitern Evangelischer Akademien – vor allem aus Ostdeutschland – mit dem Bundeskanzler. Dabei ging es zunächst um die «Sorgen und Nöte der Menschen in den neuen Ländern», wie sie im Rahmen evangelischer Akademiearbeit ausgesprochen werden. Ich habe diese Gesprächsrunde mit etwa folgenden Punkten eingeleitet:

1. Für die Menschen in Ostdeutschland hat sich von einem Tag auf den anderen *fast alles geändert*, von den kleinsten Alltaglichkeiten bis hin zu sehr vielen Lebensläufen. Für die Menschen in der alten Bundesrepublik änderte sich fast nichts, ausser dass manche von der Vereinigung profitieren und dass vielleicht die Erkenntnis wächst: Die Sache wird finanziell doch teurer. Selbst wenn Veränderungen im Osten positiv erfahren werden, bleibt eine grosse innere Anstrengung der Umstellung nötig. Viele Veränderungen werden inzwischen jedoch negativ erfahren.

2. Die falsche politische Entscheidung, Industrie und Landwirtschaft der DDR über Nacht ungeschützt dem *Markt* auszusetzen, hat zu ihrem Zusammenbruch und zu äusserst kritischen sozialen und politischen Folgen geführt. Wenn die Treuhänderin Breuel sagt, dass schnelle Privatisierung die beste Sanierung sei und alle langsameren Übergänge teurer geworden

wären, dann ist das durchaus umstritten, vor allem ist dabei überhaupt nicht berücksichtigt, was aus den massenhaft betroffenen Menschen wird und welche Stimmungen und Haltungen in ihnen sich ausbilden und zu einem brisanten und wahrscheinlich sehr teuren Politikum werden. Mit der Feststellung, dass 50 Prozent der Bevölkerung (in Rostock) in irgendeiner Form vom Arbeitsamt leben und die Zahl noch wächst, ist noch wenig gesagt. Wie wird sich die grosse *Abwanderung* gerade junger, ausgebildeter, mobiler Menschen und eines grossen Intelligenzpotentials auf künftige Wirtschaftsentwicklungen und auf die Lebenshaltung der Zurückbleibenden auswirken? (Von der Landesregierung veröffentlichte Prognosen sprechen davon, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren bis zu 500 000 Menschen Mecklenburg-Vorpommern verlassen werden.) Übrigens hat sich auch die Geburtenrate halbiert.

3. Zu einem besonderen Politikum wird die *Enttäuschung* für die Menschen in Ostdeutschland. Die einen sind enttäuscht, weil sie 1989 zu einer eigenständigen demokratischen Erneuerung der DDR aufgebrochen sind (und zu einer längerfristigen schrittweisen Verbindung mit der Bundesrepublik). Sie hatten dafür um sich herum auch überraschend viele Ideen und Energien entdeckt. Es kam dann jedoch sehr schnell, zu schnell die «Einheit Deutschlands», vielleicht auch aus aussenpolitischen Gründen unvermeidlich. Dass dem Osten dabei lauter westdeutsche Muster aufgesetzt wurden, erweist sich aber zunehmend als falsch und wäre vermeidbar gewesen.

Viele andere sind enttäuscht, weil sie den schnellen Anschluss an westlichen Wohlstand und harte Währung wünschten, den entsprechenden Versprechungen auch glaubten und jetzt merken, wie gering ihre Chancen auf dem Markt sind. Die *Kränkungen* reichen von der Aufforderung, «erst einmal arbeiten zu lernen», über die Erfahrung, dass das selber Erarbeitete westlichen Eigentumsansprüchen zum Opfer fällt, bis zu dem Ansinnen, am besten die eigene Biographie in den missratenen

DDR-Jahrzehnten schnell zu vergessen. Gleichzeitig müssen sich viele Menschen in den neuen Bundesländern eine «Bewertung» durch «alte» Bundesbürger von zweitrangiger moralischer, politischer und fachlicher Kompetenz gefallen lassen, verbunden mit dem pauschalen Vorwurf der Anpassung an den Stasi-Staat.

4. Andererseits machen viele Menschen bei sich und bei anderen die ausgesprochene oder unausgesprochene Erfahrung einer tiefgreifenden *Werteversicherung*. Die zunehmende innere Pervertierung des «real-existierenden Sozialismus» ist ihnen spät erkennbar geworden oder suchen sie bis heute zu verdrängen. Einfach erledigt hat sich, worauf man sein Leben baute. Woran man sich erfolgreich angepasst hatte, was man selber ideologisch und praktisch mitgetragen hatte, wovon man tief innerlich überzeugt war – es ist einfach zusammengebrochen. Der neue Anpassungsdruck führt eher zu Trotz und Resignation oder zu einer biographielosen Flucht nach vorn als zur ehrlichen Auseinandersetzung.

Und viele junge Menschen machen schon länger die besonders schmerzliche Erfahrung des *Werteversatzs* bei der Eltern- und Lehrergeneration. War die Doppelzüngigkeit schon eine «hochentwickelte DDR-Tugend», so kommt jetzt die Beobachtung hinzu, wie anscheinend mühe-los und übergangslos eben noch verbal «Linientreue» zu Verfechtern der westlichen Demokratie, des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft wurden. Und wenig wird dabei von inneren Schwierigkeiten und von Schuld gesprochen.

5. Dies alles fördert *Gewaltbereitschaft* und *rechtsradikale Entwicklungen*, besonders gegen arme und schwache Fremde. Vor allem aber schwächt es die Kräfte, die sich noch für die Gestaltung der Demokratie einsetzen wollen. Dass es nicht genügend Widerstandskräfte gegen die Demokratie-Zerstörung geben könnte, ist meine gegenwärtig grösste Befürchtung für Deutschland.

Diese Befürchtung wächst auf dem *Rostocker Erfahrungshintergrund*, der zwar

ein spezifischer ist, aber eben keine Ausnahme in Deutschland-Ost und -West. Das Verhalten gegenüber Fremden unter den Bedingungen der schwierigen deutschen Vereinigung erweist sich als ein Testfall für die Qualität der westlichen Demokratie.

4. Die Ostdeutschen als Sündenböcke?

Ich versuche, meine kurze Beschreibung der Lage in Ostdeutschland zu ergänzen und zu vertiefen durch einige Gedanken zur inneren Lage der Deutschen in ihrem Verhältnis zueinander. Als wir dem Bundeskanzler neulich unsere Sicht der Probleme in Ostdeutschland vorstellten, entgegnete er mit der Feststellung, auch die alte Bundesrepublik habe doch schon vor der Vereinigung ihre grossen Probleme gehabt. Aber viele der treibenden Kräfte im Herbst 1989 in der DDR wollten sich eben auch nicht fraglos am Modell «BRD» orientieren. Die Frage muss gestellt werden: Warum sind denn Lebensformen und Erfahrungen, kulturelle und wirtschaftliche Potentiale, gerade entwickelte *demokratische Gestaltungselemente* in so unerhörtem Umfang «platt» gemacht und durch westliche Muster ersetzt worden? War das wirklich unvermeidlich, weil es für anderes keine Mehrheiten gab?

Meine tiefer gehende Frage ist jedoch in diesem Zusammenhang: Ist die alte Bundesrepublik durch die so überraschend gekommene «Einheit Deutschlands» von den ernsten Problemen, die sie hatte, *abgelenkt* worden, und hat sie sich auch gern ablenken lassen? Hat man sich durch die Ereignisse dazu verführen lassen, die eigenen, gewohnten Muster doch noch einmal für positiver zu halten, als man im tiefsten selber glaubte? Das würde erklären, warum von der DDR erst einmal nichts bleiben und in den neuen Bundesländern keine alternativen deutschen Varianten entstehen sollten, weder wirtschaftlich, noch politisch, noch kulturell. Das würde erklären, warum wir im Osten weithin so pauschal als verwickelt in den SED- und Stasi-Staat charakterisiert werden können; sei es, um uns zu diskreditieren, sei es, um unsre

inneren Deformationen zu beklagen; was letztlich aufs gleiche hinausläuft. Das würde auch noch erklären, warum das so ehrliche Bemühen der Reste der Bürgerbewegungen um «Aufarbeitung» unserer DDR-Geschichte plötzlich die falschen Verbündeten hat.

Hat die «alte» Bundesrepublik nach Jahrzehnten des Kalten Krieges und des anderen Wirtschaftssystems keine Geschichte, die es kritisch zu sichten gälte? Hat sie nicht ihre besonderen Anpassungen an den «real-existierenden Sozialismus» in der DDR vollzogen? Vielleicht wirkt sich jetzt noch einmal aus, dass auch die Bundesrepublik ihre spezifische Form der *Nicht-Aufarbeitung der deutschen Geschichte* zwischen 1933 und 1945 eingeübt hatte. Ist angesichts der offenkundig gewordenen tiefen Pervertiertheit des DDR-Systems etwa Anti-Sozialismus ein irgendwie hinreichender Ersatz für Anti-Faschismus? Nein! Im Gegenteil! Der heute nötige Anti-Faschismus bedarf einer differenzierten kritischen Sicht auf unsere gemeinsame Geschichte und auf unsere getrennten Geschichten.

Wir Ostdeutschen müssen die verbliebene Kraft zusammennehmen und uns dem weiteren *Anpassungsdruck widersetzen*. Allein so bleibt uns auch noch eine kleine Chance, uns mit unserer Geschichte aus-einanderzusetzen. Wohlgemerkt, das tun wir dann nicht nur für uns, sondern für unser gemeinsames deutsches Geschick.

5. Leider kein «zweiter» Weg für die Kirche

Das Wort «*Lerngemeinschaft*» war eine Erfindung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Teile von ihnen haben es ernst genommen und versucht, in einer historisch so ungewohnten gesellschaftlichen Umwelt Christsein noch einmal neu zu buchstabieren. Mehr als Lernansätze sind nicht dabei herausgekommen. Aber gerade Ansätze soll man nicht so schnell aufgeben, sondern eher weiterpflegen. Sie könnten ja auch Anfrage, Anregung, Ermittlung enthalten für das Christsein unter

anderen gesellschaftlichen Bedingungen, zumal wenn auch unter diesen Bedingungen das Christsein vielen – andersgearteten – Belastungen und Versuchungen ausgesetzt ist. Es sei denn, die «Ansätze» erwiesen sich im nachhinein als dem Evangelium nicht angemessene «Anpassungen». Wenn man den zweifellos unklaren Terminus einer «*Kirche im Sozialismus*» ausschliesslich im Sinne einer solchen Anpassung interpretiert und dann noch überzeugt ist, man würde damit der Wirklichkeit der evangelischen Kirchen in der DDR gerecht, dann freilich müsste man schnell den Abbruch des Weges fordern und vollziehen.

Waren aber die Lernansätze der Kirchen im Osten solche Anpassungen? Ich wiederhole nur ganz wenige Beispiele:

1. Für viele von uns gab es in Gemeinden und Gemeindegruppen eine Bewegung hin zur bewussten Annahme des Minorisierungsprozesses.

2. Wir konnten in der DDR-Geschichte die Erfahrung machen, dass die konsequente *Trennung der Kirche von der staatlichen Macht* der geistlichen Kraft der Kirche dienlich ist. Gerade in dieser Trennung konnte die Kirche auch stellvertretend für jene sprechen, die zur eigenen Stimme noch nicht den Mut fanden; konnte sie innere Probleme der Gesellschaft öffentlich machen.

3. Durch die zunehmende *Militarisierung* der DDR-Gesellschaft herausgefordert, fanden die Kirchen relativ früh zu einer sehr deutlichen friedensethischen und friedenspolitischen Haltung und konnten zu einer wichtigen Kraft im Konziliaren Prozess werden.

4. Die evangelischen Kirchen in der DDR nahmen im Blick auf die Solidarität mit den Armen starke Impulse aus der Ökumene auf. Wenigstens das Bewusstsein von der Notwendigkeit eines *bescheideneren Lebensstils* blieb als schmerzender Stachel im Fleisch unserer Kirche.

5. Gelegentlich höre ich jetzt die Beobachtung ausgesprochen, viele Christen in der DDR hätten wohl enger mit der *Bibel* zusammengelebt; man merke es noch.

Unangemessene Anpassungen? Ich kann es nicht einsehen. Glorifizierungen liegen mir fern. Wir könnten ja sagen: Was gelernt wurde, wurde auch mitgebracht in die neue alte Einheit der EKD. Wir müssen auch sagen: Die Kirchen haben leider keinen anderen, «zweiten» Weg gefunden für ihren Vereinigungsprozess. Es ging auch übereilt. Vieles im Osten wurde plattgemacht. Letztlich galten die EKD-Üblichkeiten als Massstab. Die Synoden waren für Jahre mit Gesetzesanpassungen beschäftigt. Was zählte und sich durchsetzte, war: Das *West-Kirchenmodell* hatte mehr eingebracht – finanziell. Ich kann das nicht zu vorwurfsvoll sagen; denn wir im Osten leben davon – inzwischen zu weit über 50 Prozent. Die westdeutschen Kirchen geben ab. Aber der gesamte Vorgang beunruhigt mich sehr. Wir werden unsere Ost-Ansätze noch brauchen und gemeinsam weiterentwickeln müssen.

6. Vergeudung demokratischer Widerstandskraft

Sehr viel demokratische Widerstandskraft bleibt unter uns Ostdeutschen nicht mehr. Immerhin leben wir seit mehr als drei Jahren in einem ganz besonderen Dauерstress, den wir uns zunächst selbst verordnet hatten, der uns dann mehr und mehr aufgenötigt wurde. Zudem kommt die demokratische Widerstandskraft bei uns nicht gerade aus tiefen Wurzeln, wohl aus einer langen Sehnsucht, wohl aus einer kurzen, aber sehr intensiven Erfahrung, aber wie lange kann diese Widerstandskraft vorhalten, wenn nicht bald wieder Bestärkung hinzukommt??!

Wir im Osten haben die Erfahrung gemacht, wie die westliche Demokratie nur wenig, fast nichts von der im Herbst 1989 schnell gewachsenen mündigen Bürgerbeteiligung aufnehmen konnte oder wollte. Warum schrecken die «etablierten» Parteien schon vor dem Wort «*Runder Tisch*» zurück? Da zeigt sich eine Vergeudung an Widerstandskraft, welche die Demokratie noch schmerzen wird.

An den Runden Tischen wurden in aku-

ter Krisensituation Erfahrungen einer neuen Kultur der Demokratie gemacht. Unter den wichtigen Aspekten dieser Kultur ist vielleicht zuerst zu nennen, dass in der Korrespondenz der Runden Tische mit den Gottesdiensten, Demonstrationen und Kundgebungen die *Durchschaubarkeit politischer Prozesse* gefördert wurde. Dem diente zunehmend auch die kritische Offenheit der neuen und erneuerten Medien. In noch relativ kleiner Zahl – aber immerhin! – konnten betroffene Bürgerinnen und Bürger demokratische Kompetenz gewinnen und nachweisen. Sie wurden beratendes und kontrollierendes Korrektiv zu den Berufspolitikern. Die Erfahrung, gebraucht und gefragt zu sein, hat teilnahmebereite Bürgerinnen und Bürger zu erstaunlichem Engagement mobilisiert und später bereit gemacht zur Übernahme hauptamtlicher politischer Verantwortung. Die Mitwirkung zwischen den Wahlen steigert die demokratische Qualität der Wahlen, fördert die Kompromiss- und Konsensfähigkeit der Gewählten. All dies gehört zu einer neuen politischen Kultur, die wir angesichts der weltweiten dramatischen Krisensituation und der Gefährdung der Grundlagen unserer Demokratie bitter nötig haben.

Die Ansätze haben sich nicht nur nicht entfalten können, sie fielen bis auf Reste dem *Druck der westlichen etablierten Parteien* zum Opfer. Den Spitzen dieser Parteien kann je für sich die Kompetenz für die notwendigen Problemlösungen nicht mehr zugetraut werden. In ihrem Profilierungsstreben gegeneinander tun sie, als ob der «politische Gegner» wirklich die jeweils andere «demokratische Partei» wäre. Sie scheuen das offene Ansprechen der Probleme, die innovativen Lösungsversuche und das Eingeständnis schwerer Fehler. Mag das bisweilen schon im alten Wasserwerk zu schlechtem Theater geführt haben, in den neuen Bundesländern wird ein solches Verhalten vollends lächerlich. Niemand verlangt ja von jemandem, der gestern noch Tierarzt oder Pastor war, dass er heute der routinierte und rundum kompetente Minister oder Präsident ist. Niemand vermutet,

dass die westlichen Berater allesamt erste Garnitur sind. Warum dann aber so tun? Warum nicht den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ehrlich sein? Das würde aber eben heissen, sie ernster nehmen und ihre Beteiligung nicht nur im Rahmen des eigenen Parteikalküls wollen. Im Osten Deutschlands erhalten die Profilierungsszenarien der Parteien eine besonders fatale Note, da es ihnen durchweg an einer nennenswerten Basis fehlt. Nicht selten macht es doch Mühe, Mandate und Funktionen zu besetzen, geschweige denn mit ausreichender Kompetenz. Nicht selten ist eine Fraktion schon fast die gesamte «Basis» einer Partei.

Warum schliesse ich mich nicht selber einer der demokratischen Parteien an, um ihre Basis zu verstärken? Ich bin in der Beziehung vielleicht noch nicht am Ende meines Weges. Aber zur Zeit kann ich mir nur vorstellen, dass ich mich einer Partei anschliesse, um gegen eine andere (die Auswahl ist nicht gross) zu protestieren. Um die *Parteien zu bewegen*, muss es außerhalb der Parteien starke demokratische Kräfte geben, die ihre Beteiligung einfordern.

7. Stasi-«Aufarbeitung» auf Abwegen

Es hat keinen Sinn, über Stasi zu reden, ohne «Ich» zu sagen. Also in Kürze: Über die fünf oder sechs Gespräche mit hauptamtlichen Stasi-Leuten habe ich meiner jeweiligen Kirchenleitung, dazu Freunden, Kollegen, und dann dem Vertrauensausschuss meiner jetzigen Kirche ausführlich berichtet. Ich habe die Gespräche nicht selber gesucht. Ich war nicht zu jedem Zeitpunkt dazu bereit. Ich habe sie nicht über Personen und kirchliche Interna geführt, sondern über Probleme der gesellschaftlichen Lage und Entwicklung. Weit vorher hatte sich mir ein Nachbar und Spitzel, der auf mich angesetzt war, zu erkennen gegeben. Nach 1968 stand ich mit anderen zusammen an der Universität unter dem Verdacht «illegaler Gruppenbildung». Noch länger vorher bin ich einer Einladung/Vorladung in die Stasi-Bezirkszentrale Ro-

stock nicht gefolgt. Einer, der ihr folgte, gab dann an, er habe das Angebot, mit Hilfe und im Dienst der Stasi sein Wunschstudium aufzunehmen, angenommen.

Viel später gehörte ich zu der kleinen Gruppe der bewegten Bürgerinnen und Bürger, die in der Nacht vom 4. zum 5. Dezember 1989 jene Bezirkszentrale besetzten. Wenig später habe ich mich öffentlich gegen die pauschale Ausgrenzung aller Stasi-Leute und ihrer Familien ausgesprochen. Und wieder ein wenig später habe ich zusammen mit Freunden zwei Gespräche geführt mit einigen jener Stasi-Leute, welche die «Abteilung Kirchenfragen» im Bezirk Rostock gebildet und uns gelegentlich unter verschiedenen Namen «besucht» hatten. Akteneinsicht habe ich bisher nicht beantragt. Es reizt mich nicht, und ich denke, dass ich noch Wichtigeres zu tun habe. Einer unserer besten Freunde wird in der umfangreichen Veröffentlichung eines Kirchenhistorikers als «IM» bezeichnet. Ich bin froh, dass es uns nicht berührt hat. Wir wissen um die Bedeutung dieses Freundes und seiner Frau für unser Leben. Wir trauen unserer Erfahrung mehr als dem Aktennetz, das die Stasi um ihn gesponnen hat.

Inwiefern sehe ich die Stasi-«Aufarbeitung» auf Abwegen? Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie mehrschichtig funktionalisiert wird. Dabei will ich eindeutig zu denen gehören, die sich kritisch mit der DDR-Geschichte und mit dem eigenen Leben in ihr auseinandersetzen. Aber dazu gehört, wenn es öffentlich geschehen soll, nicht nur ein subjektiver Wille, sondern auch ein gesellschaftliches Umfeld, das dies will und braucht und nicht nur für ganz andere Interessen ausnutzt. Wir haben jetzt sehr grosse soziale und politische Probleme, deren Verursacher nicht «Stasi» heisst. Faktisch lenken immer neue «Stasi-Fälle» von den gegenwärtigen Problemursachen ab und wirken sich als *Vergeudung gesellschaftlicher Energie* aus.

Die billigste Art, die Stasi-«Aufarbeitung» zu funktionalisieren, besteht darin, dass sie genutzt wird, um parteipolitische

«Gegner» wie *Manfred Stolpe* unter Dauerdruck zu setzen. Dabei wäre doch, selbst wenn Stolpe wissentlich als «IM» geführt worden wäre, eine «Güterabwägung» nötig. Ist seine Wichtigkeit als Ministerpräsident für den Osten nicht ungleich höher zu bewerten? Was wäre das eigentlich für eine Moral, die siegen würde, wenn Stolpe zurückträt? Und liegt hier nicht eine Blindheit seiner Gegner vor, die noch auf sie und uns alle zurückschlagen kann, wenn man den Osten weiter destabilisiert? (Ich war zu DDR-Zeiten auch ein Stolpe-Kritiker.)

Auch die *evangelischen Kirchen Ostdeutschlands* werden unter der Überschrift Stasi-«Aufarbeitung» ziemlich pauschal in Misskredit gebracht. Wem nützt es, wenn der (falsche!) Eindruck entsteht, eine stasi-durchsetzte Kirche habe in der Wende agiert und in den geistlichen und gesellschaftlichen Prozessen (Konziliarer Prozess!) lange davor? Zwar werden die Widersprüche hier gross bis zur Absurdität, aber auch die widersprüchliche Pauschalisierung wirkt.

Stasi-«Aufarbeitung» wird weithin zum Ersatz für eine breitere und ehrlichere Hinwendung zur eigenen Geschichte. Es wird gar der Eindruck verstärkt, die DDR-Wirklichkeit liesse sich im Ganzen und pauschal als «Stasi-Staat» charakterisieren. Das ist auch ein Plattmachen der inneren Differenziertheit unseres Lebens in der DDR und dessen, was für ein gemeinsames Deutschland daraus wachsen könnte. Noch gibt es Gesprächsrunden und Initiativen, die sich der Geschichte mit mehr Unterscheidungsvermögen und deshalb Zukunftsträchtiger zuwenden. Mögen sie sich vor Funktionalisierungen bewahren können.

Nicht zu vergessen ist, dass auch manchem Bedürfnis in uns die Stasi als letztlich einzige Schuldige gerade recht kommt, um die ehrliche Auseinandersetzung mit den eigenen Anpassungen und Verwicklungen zu vermeiden. Als *Sündenbock* eignet sich am besten der geständige oder aus den Akten aufgedeckte «IM». Er ist mir erreichbar. Er ist mir am nächsten, weil ich unter

vielleicht nur geringer Verschiebung der inneren und äusseren Umstände seinesgleichen hätte werden können. Ich mag *mich* nicht in ihm. Ich glaube immer weniger, dass die Grenze zwischen «IM» und Nicht-«IM» auch die Grenze zwischen schwarz und weiss, mitschuldig und unschuldig, belastet und unbelastet ist.

Wie können wir die Differenzierungen leisten, die hier zu leisten wären? Ohne zu vergessen: Es gibt sie ja, die massenhaften *Stasi-Verbrechen*.

Gerade habe ich den Greis Mielke im Fernsehen gesehen. Sonst sehe ich gelegentlich ehemalige hohe Stasi-Offiziere als Entlastungs- oder Belastungszeugen, wenn es um «IM»-Verdächtige geht. Sie und die von ihnen oder auf ihren Befehl hin angelegten Akten scheinen in der Vertrauenswürdigkeit weit über den «Belasteten» und ihren Freunden und Kolleginnen zu stehen. Was sind ein paar Bischöfe gegen einen hohen Stasi-Offizier?

Und weiter: Habe ich nicht in der Zeitung gelesen, der Bundesgrenzschutz habe in ziemlichem Umfang ehemalige Stasi-Kräfte übernommen? Habe ich nicht gehört, Telecom habe grössere Teile der Belegschaft einer Stasi-Nachrichtenzentrale nebst der Zentrale selber übernommen? Stimmt, was schon früh nach der Wende zu hören war: dass viele Stasi-Offiziere als gut ausgebildete, sehr anpassungsfähige, vielseitig einsetzbare Kräfte in der Wirtschaft willkommen waren (und keineswegs nur im Filz der Reste der Ostwirtschaft)?

In all diesen Fragen und Vermutungen steckt einbrisantes Politikum, dennoch finden sie wenig Interesse in Medien und Öffentlichkeit. Warum nicht? Warum die einseitige Konzentration auf «IM»? Auch in den Kirchen stehen die «IM» im Mittelpunkt, ob wirklich gewesen oder nur in den Akten geführt. (Vielleicht wurde auch ein wirklicher «IM» in den Akten nicht als solcher geführt.) Doch diese «IM»-Aufdeckungen greifen zu kurz. Und es gibt deutliche Anzeichen, dass nach der «IM»-Bereinigung das *Misstrauen bleibt*: Wer weiss, welche Akten rechtzeitig vernichtet wurden oder was noch auftauchen wird?

So ehrlich es Kirchen und Reste der Bürgerbewegungen auch meinen; wir sind mit der Stasi-Geschichte auf Abwegen. Weder der Moral noch der Vereinigung der Deutschen ist so geholfen. Aber was dann? Müssen wir die Geschichte wieder verdrängen und irgendwie weitermachen? Das geht doch auch nicht ohne schlimmere Konsequenzen. Ich bin für wahrhaftige Erinnerung und differenzierte Bewertung. Ich kritisieren, wie Geschichts-«Bewältigung» durch selektive Stasi-«Aufarbeitung» geschieht und ausgenutzt wird. Diese Kritik ist mein Beitrag zur Aufarbeitung. Und ich kann nicht aufhören, eine gesellschaftliche (oder doch wenigstens kirchliche) *Atmosphäre* für möglich zu halten, in der Schuldbekenntnisse erleichtert werden und Vergebung ihnen antworten kann.

8. Nur keine «Angleichung der Lebensverhältnisse»!

Bin ich mit den vorigen Sätzen schon ins Illusorische geraten? Dann gelangen die weiteren eher noch mehr in diese Richtung. Wir im Osten müssen lernen, dass uns die Versprechung der «Angleichung der Lebensverhältnisse» selbst dann nicht gute, wenn sie erfüllbar wäre.

Es handelt sich ohnehin um eine sehr unklare, oberflächliche, *propagandistische Versprechung*. Sie sagt nicht, was sie in die «Lebensverhältnisse» einbezieht und was sie stillschweigend draussen lässt. Heisst «Lebensverhältnisse» durchschnittliche Konsummöglichkeiten, unter der Bedingung, dass jeder das Geld, das er bekommt, schnell wieder ausgibt; oder heisst es gleiche durchschnittliche Verschuldung? Wann wäre dann der gleiche Lebensstandard erreicht? Wann wäre die gleiche durchschnittliche Vermögensbildung im Osten erreicht (immer unter der Voraussetzung, dass sich der Westen nicht weiterbewegen würde und wollte)? Eine weitere Frage: Von wessen Lebensverhältnissen ist eigentlich die Rede; von den Lebensverhältnissen der oberen zwei Dritteln der Wohlstandspyramide oder von dem Bevölkerungsdriftel, das aus den produk-

tiven Prozessen der Gesellschaft schon herausgefallen ist (und dessen Anteil wächst nach allem, was man hört)? Und was ist, wenn zu den «Lebensverhältnissen» noch mehr gehört als arbeiten, um zu konsumieren? Nein, die «Angleichung» des Ostens an den durchschnittlichen Westen kann nicht das Ziel sein. Nicht nur nicht, weil die Wirtschaftskraft nicht ausreichen wird, sondern auch nicht, weil diese Versprechungen zu einseitig im Materiellen haf-ten bleibt.

Die durchschnittlichen materiellen Lebensverhältnisse des Westens dürfen noch aus einem anderen Grunde nicht das Ziel für den Osten sein. Schon der Westen allein kann sich diese Lebensverhältnisse gar nicht mehr leisten. Deshalb fallen ja immer mehr Menschen aus dem sozialen Netz heraus. Vor allem jedoch: Schon das Bisherige war nicht nur das Ergebnis eigener Arbeit, sondern es war ein Leben auf anderer Kosten; sei es auf Grund direkter Ausbeutung der Schwächeren, sei es auf Grund eines unverhältnismässig hohen Verbrauchs der Weltressourcen. Vielleicht liesse sich diese Schraube tatsächlich für ein bis zwei Jahrzehnte noch weiter anziehen, aber nur um den Preis noch grösseren Sterbens in der «*Dritten Welt*» und der Nicht-Integration *Osteuropas* oder aber seiner Integration nur zum Zwecke der Ausnutzung, d.h. seiner Beförderung auf den Weg zur «*Dritten Welt*», die wir dann endgültig die «abgeschriebene Welt» nennen könnten.

Wir können die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland nicht wollen. Aber diese Negativ-Botschaft bringt uns in zwei sehr ernste Konflikte. Eine solche Botschaft kann im Osten gar nicht populär sein, nachdem uns der Westen solange schon als sein faktisches Proprium die Freiheit zum Konsum vor Augen gestellt hat. Wie sollen wir denn gleichsam gegen den Westen seine «anderen» Vorzüge der Demokratie, der Menschenwürde und der Toleranz für uns selber glaubhaft zur Geltung bringen, wenn der *entsolidarisierende Konsum* uns so besetzt? Aber selbst wenn

es gelänge, immer mehr Deutsche im Osten dafür zu gewinnen, dass wir die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse gar nicht wünschen können, würden wir nicht direkt jenen Politikern zuarbeiten, die diese Angleichung heuchlerisch oder in Unkenntnis der tatsächlichen Lage immer noch versprechen? Einzig mögliche Antwort ist, dass die innere Qualität unserer Gesellschaft und die Qualität ihrer Wirkung nach aussen uns das Wichtigste sein muss.

Ich habe diesen Abschnitt mit dem Hinweis auf das möglicherweise Illusorische seiner Aussagen begonnen. Ich füge jetzt hinzu: Diese Art von «*Illusion*» hat für mich mit dem Realismus und der Hoffnung des *Glaubens* zu tun. «*Selbsttäuschung*» wäre es ja gerade, wenn ich die anscheinend so festgelegten und äusserst schwierigen Verhältnisse für das Ganze des Möglichen und Wirklichen hielte. Indem ich das nicht muss, kann ich mich an der Suche nach Wegen und an der Hoffnung auf Lösungen beteiligen.

9. Verabredung unterschiedlicher Wege

Bisher ist die Vereinigung der Deutschen durch Anpassung des Ostens an den Westen, auch an die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Westens übrigens, versucht worden. Dabei haben Ostdeutsche aus Überzeugung, aus Opportunismus oder aus verständlicher Vorsorge für ihren eigenen Lebensentwurf kräftig mitgewirkt. Westdeutsche haben auch gewarnt. Die Vereinigung ist so nicht gelungen. Wir haben für das Nicht-Gelingen nicht unbegrenzt Zeit. Im Gegenteil! Es wird höchste Zeit, dass wir andere Wege versuchen. Diese anderen Wege sollten unterschiedliche Wege sein. Ich meine keine Wege voneinander weg, sondern *Wege aufeinander zu* und letztlich miteinander. Aber Wege, die den jeweiligen Situationen, Geschichten und Prägungen besser entsprechen und die den europäischen und weltweiten Rahmen- und Überlebensbedingungen gerechter werden.

Die Verschiedenheit der Wege schliesst für beide Seiten eine grosse Anstrengung

ein. Und sie wird für beide Seiten Verzicht, dann sicher aber auch Gewinn einschliessen. Der *Westen* müsste zunächst einmal darauf verzichten, aus der politischen und wirtschaftlichen Übermachtposition heraus den Osten an sich angleichen zu wollen. Auch der Westen müsste sich in seiner spezifischen Fragwürdigkeit erkennen. Dann würde ihm an Varianten politischer und wirtschaftlicher Gestaltung gelegen sein, auf die er nicht gekommen ist oder die sich ihm nicht aufgedrängt haben in seiner anderen Situation. Er würde sich diese Varianten mindestens soviel kosten lassen wie bisher die «Angleichung». Möglicherweise würde es aber nicht gar so teuer, weil eine solche Haltung nämlich viel mehr Bereitschaft und Ideen im Osten wecken könnte.

Für den *Osten* hiesse der Grundverzicht: bewusster Verzicht auf eine Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse mit allem, was dazugehört, an den durchschnittlichen Westen; Aufgabe dieses Ziels auch für einen späteren Zeitpunkt; statt dessen aber stärkere Hinwendung zu Werten des *kulturellen und solidarischen Lebens* und ihrer phantasievollen Ausgestaltung. Es gibt doch Lebensbereiche und -qualitäten, die dem Markt entzogen bleiben müssen, weil sie sich ihrem Wesen nach nicht «rechnen» dürfen, sollen sie nicht zerstört werden. Noch hat der Markt den Osten nicht verdaut. Das könnte eine Chance sein.

Wenn wir nun zu einer Verabredung kämen, im Osten bei 80 Prozent des Niveaus der westlichen «Lebensverhältnisse» stehen zu bleiben, dafür aber mehr gesicherte und geteilte Arbeit zu haben... Und wenn wir nach und nach unsere Wertorientierungen verschöben... Und dabei die Erfahrung machen: So können wir eigentlich besser leben und andere mit uns...?

Vielleicht würden diese Erfahrungen ausreichen, um jene im Westen zu bestärken, die ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schon länger kritisch sehen und nach Auswegen fragen. Und die Bereitschaft könnte wachsen, aus dem fal-

schen «Wachstum» auszusteigen, die Konsumgesellschaft und sich selber in ihr umzuorientieren. Es könnte als lebenswerter empfunden werden, den eigenen materiellen «Wohlstand» nicht mehr steigern, eher bewusst einschränken zu wollen, um mit anderen zu teilen. Dann könnte eine *andere* «Angleichung der Lebensverhältnisse» in den Blick geraten: auf einem niedrigeren gemeinsamen materiellen Niveau, aber auf einem höheren kulturell-moralischen Niveau.

Dies alles würde natürlich eine schrittweise Veränderung der politischen Leitvorstellungen bei Regierten und Regierenden bedeuten, vielleicht aber auch nur das offene Zulassen des schon lange Befürchteten, Geahnten und Erhofften. Wir würden die *Marktwirtschaft* mit ihren «Sachzwängen» nicht mehr als *Götzen* ansehen, der uns teils die Ausreden für unsere Phantasie- und Glaubenslosigkeit liefert, teils uns das Fürchten lehrt.

Begegnungen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen würden noch ganz anders nötig und möglich. Wir brauchten unsere Angst vor den Fremden nicht aufeinander zu übertragen, sondern könnten sie im offenen Umgang miteinander überwinden. Wir würden *offener* nach Osten und nach Süden, obwohl wir für jene katastrophalen Probleme immer noch keine Lösungen sähen. Sicher würden wir sie etwas weniger verschärfen.

Ich habe als Pastor und Theologe keine detaillierten Konzepte. Ich kann von meinen Erfahrungen her – auch als Ostdeutscher – Überlegungen anstellen. Ich kann versuchen, sie ins Gespräch zu bringen. Dass diese Überlegungen aus viel Kritik und etwas Vision bestehen, mag ihr Mangel sein. Es ist das, was ich im Augenblick beitragen kann. Aber es ist nicht alles; denn ich lebe ja als politischer, mitwirkungsbe-reiter Mensch an konkretem Ort und probiere immer wieder auch die Umwechslung in kleine Münze. Ich habe dabei die Verabredung mit anderen sehr, sehr nötig. Es darf noch nicht zu spät sein. Im Glauben gesprochen: Es ist noch nicht zu spät. Für uns noch nicht.